

1947

Was will die Sozialdemokratie

?

CL

III 5

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Der Parteivorstand
Archiv

27973

Was wollen die Sozialdemokraten?

Neubau, nicht Wiederaufbau!

Was will die Sozialdemokratische Partei? Was hält sie für möglich und notwendig? Welche Wege wollen die Sozialdemokraten gehen?

Das sind heute die politischen Fragen, welche das stärkste Interesse erregen. Bei Freund und Feind, bei Gutwilligen und bei Saboteuren wird alles dies eifrig besprochen. Ob die Sozialdemokratie in einem Bezirk stärker oder schwächer ist, ob Männer aus ihren Reihen in der Verwaltung Einfluß haben oder nicht, alles orientiert sich doch im Für oder Wider nach der Sozialdemokratischen Partei. Es kommt darin die große Grundstimmung zum Ausdruck, daß dieser Partei in der heutigen Zeit besondere Aufgaben gesetzt und besondere Ziele gesteckt sind.

I. Das Chaos in Deutschland

Zwölf Jahre hindurch haben die Menschen in Deutschland unter dem Einfluß einer phantastisch verlogenen und hemmungslosen Propaganda gestanden. Es gibt nichts, was ihnen eindeutig und wahrhaftig dargestellt worden wäre, keine Tatsache, keine Idee, keine Persönlichkeit. Sie wissen nicht und können nicht wissen, was richtig und unrichtig ist. Sie haben keine Vorstellung davon, wie es in der Welt aussieht. Sie haben in der jüngsten Vergangenheit nicht erkennen können, welche materiellen, politischen und moralischen Kräfte draußen in der Welt lebendig sind. Nur diejenigen machen eine Ausnahme, die von vornherein sich nicht beeindrucken und beeinflussen lassen wollten, die sich zum Ziel gesetzt hatten, alles, was von den Nazi kam, als unmoralisch, schädlich und feindlich anzusehen.

Es ist wohl die Mehrzahl der Deutschen gewesen, die unter der Einwirkung der massiven Nazilagitation schließlich nur sich selbst gesehen hat und dazu erzogen worden ist, alles, was im Augenblick dem eigenen Volk zu nützen schien, als der politischen Weisheit letzten Schluß anzusehen. Man hat ihnen die Kraft des Erkennens und den Willen, sich über die Zusammenhänge zu unterrichten, mit allen Mitteln ertötet. Sie hatten sich gedankenlos und allmählich halb bejahend damit abgefunden, daß das Dritte Reich ihnen Arbeit und Brot nach einer großen, ihre soziale Existenz zerstörenden Wirtschaftskrise gebracht hatte. Daß diese scheinbare Behebung der Wirtschaftskrise tatsächlich nur die Vorbereitung des Krieges war, daß dem deutschen Volksvermögen nichts zugeführt, sondern alle erdenklichen Ueberschüsse der Wirtschaft auf Jahrzehnte hinaus unproduktiv verbraucht worden waren, daß der Zusammenbruch kommen mußte, wollten sie nicht wissen. Sie hatten ihre eigene Vergangenheit vergessen. Sie lebten geduckt in den Tag hinein und erinnerten sich nur schwach der großen Ideen und Leistungen in der verdammten und verfluchten „Systemzeit“ der Weimarer Republik. Nur kleinere Teile des Volkes hatten den Mut, die geschichtliche Wahrheit aus den Zeiten der Republik erstehen zu lassen und die furchtbare Konsequenz des neuen Regimes auszusprechen. Die Massen, die unter Druck und Terror standen, nahmen ihr Schicksal stumpf und dumpf hin. Sie hatten wohl das dunkle Gefühl, daß da etwas nicht stimme, daß möglicherweise noch einmal ein Ende mit Schrecken kommen könne. Sie hofften aber, daß irgendwie doch

noch alles zu einem guten Ende kommen würde. Unter der Decke aber schlummerte die große Warnung der Sozialdemokratie aus der Periode des Kampfes um die Macht. Hitler ist der Krieg, jeder Krieg ist ein verlorener Krieg, der verlorene Krieg ist die Katastrophe Deutschlands!

Jetzt liegt das Trümmerfeld unübersehbar vor uns. Das Reich ist zerbrochen, die Nation auseinandergerissen, die Wirtschaft zerstört, die soziale Lage großer Volksteile von kläglicher Armseligkeit, die Verluste in den Familien niederdrückend und gar nicht wieder auszugleichen.

Die Deutschen stehen in der schwersten Periode ihrer Geschichte,

die in mancher Hinsicht peinvoller und hoffnungsloser ist als nach dem Dreißigjährigen Kriege. Aber es gibt immer noch Leute, denen dieser Anschauungsunterricht nicht genügt, die sich so aussichtslos in die Sackgasse des Nazismus, des Nationalismus und Militarismus verrannt haben, daß sie von ihren alten Formen zu denken und zu handeln nicht loskommen können. Dieselben Menschen, die mit diesen Mitteln ihr Vaterland zerstört und unsägliches Unheil über die Welt gebracht, und dazu noch die Vielen, die sich durch ihre Passivität und ihren Diktaturglauben mitschuldig gemacht haben, möchten Vergleiche ziehen zwischen den Zuständen im Dritten Reich und den heutigen Verhältnissen. Die Schuldigen machen damit ihre Schuld noch größer, ohne sich daran zu kehren.

„Unter Hitler hatten wir es besser!“ raunt ihre Flüsterpropaganda. An den Ungeheuerlichkeiten des Bluterrrors und des Räubertums gehen sie achselzuckend vorüber. Für sie ist das alles nur gegnerische Agitation und Propaganda. Sie empfinden als „nicht geschmackvoll“ daraufhin angesprochen zu werden. Sie weigern sich einfach, die Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, und wo ihnen diese doch entgegengehalten werden, erklären sie alles für „Uebertreibung“. Sie haben außerhalb der Menschheit gelebt und wollen auch weiter so leben. Nur die Hilfe der Menschheit möchten sie gern annehmen. Einsicht und Einkehr, Scham und Reue sind ihnen gleich fremd. Unempfindlich für fremdes Leid sind sie um so empfindlicher für den kleinsten Nachteil, den sie selbst zu spüren bekommen.

Es ist an der Zeit, dem deutschen Volke klarzumachen, daß es jetzt die unabwendbaren Folgen dessen erlebt, was es zu seinen großen Teilen selbst verschuldet hat. Weil weite Volkskreise eine Regierung gewollt und geduldet haben, die sich jeder Kontrolle entzog, werden die Deutschen heute von anderen Mächten kontrolliert. Weil das Dritte Reich andere Völker vernichten und aussaugen wollte, liegt Deutschland heute zerbrochen am Boden. Weil das Hitlerregime Europa geplündert und ausgestohlen hat, verlieren wir heute die wichtigsten Produktionsmittel.

Alle Mißstände, alle Qualen und Schwierigkeiten sind die Ergebnisse des Dritten Reiches

Deutschland hat nach 1918 seine demokratische Chance nicht zu nutzen verstanden. Weil die Deutschen im eigenen Lande die Demokratie nicht durchzusetzen wußten, ist alles Unheil über uns gekommen. Auf der Anklagebank sitzen jetzt alle Feinde der Demokratie. Aber selbst heute wollen sie die Verantwortung von sich schieben und für die Ergebnisse ihrer eigenen Politik das neue Deutschland der Nazifeinde haftbar machen.

Tatsächlich aber waren alle Entscheidungen gegen Deutschland bereits 1933 gefallen. Der totale Staat war der totale Krieg. Und der totale Krieg war die totale Niederlage. Daß jetzt neue Lebensformen von unvorstellbarem Tiefstand und nie gekannter Primitivität für alle Deutschen heraufziehen, davor wollen Viele die Augen schließen. Gerade die Schuldigen wollen außerhalb der Konsequenzen ihrer Schuld leben.

Diese Fragen müssen erst bereinigt werden, wenn in Deutschland eine neue politische Moral den Aufbau ermöglichen soll. Das ganze Volk muß davon überzeugt sein, daß jedem Toten, jedem Opfer des Bombenkrieges, allen, die so tapfer, aber ohne Sinn und Sendung haben sterben müssen, nur das eine auf ihr Grabkreuz geschrieben werden sollte: „Verführt und verraten von der Reaktion, ermordet von der Partei Adolf Hitlers!“

Wie nach 1918 möchten auch jetzt die Bankrotteure die Konkursverwalter verantwortlich machen für die eigenen Sünden und Verbrechen. Es darf, wenn es anders werden soll in Deutschland, keine Erörterung der heutigen Schwierigkeiten, keine Kritik an den Mißständen geben, ohne daß eindeutig herausgestellt wird, daß das deutsche Unglück die unvermeidliche Konsequenz der Nazierrschaft ist. Nie dürfen Deutsche sich versammeln, ohne die Schuldigen an diesem grauenhaften Unheil anzuprangern, die im Interesse des Geldsackes das Schicksal der Nation verspielt haben.

Es ist die Schuld Adolf Hitlers und seiner Gefolgschaft, dieses Auswurfs des ersten Weltkrieges und der großen Wirtschaftskrise, die sich als neue Herrenschicht aufspielte. Mitschuldig gemacht aber haben sich auch alle diejenigen, die ihm folgten und vertrauten. Im tiefsten Sinne schuldig aber sind die Kräfte der Reaktion, der deutsche Großbesitz und die Militaristen, die den Nazi erst zur Macht verholfen haben. Schon lange vor dem ersten Weltkrieg haben sie das Weltbild weiter Kreise des deutschen Volkes grundlegend geändert und in Gegensatz zu den Auffassungen der übrigen Menschheit gebracht.

Schuldig sind sie alle, die Schwarz-Weiß-Roten, die Männer der Dolchstoßlegende, die der deutschen Jugend vorlogen, daß Deutschland im Jahre 1918 militärisch nicht besiegt, sondern von Verrätern in den eigenen Reihen gemeuchelt worden sei. Sie sind bereit, auch heute eine neue Dolchstoßlegende zu erfinden und würden gern einen dritten Weltkrieg über ihr Volk bringen, um selbst gelten und herrschen zu dürfen. Mit diesem Großbesitz und diesen Militaristen kann Deutschland nicht neu erbaut werden, sondern nur ohne und gegen sie.

Größer noch als das Trümmerfeld der Wirtschaft, als das Elend und die Trauer um die sinnlos Gestorbenen, ist das

geistige und moralische Trümmerfeld, daß die Nazis hinterlassen haben

In einem modernen Massenstaat bleiben die Torheit, Verwilderung und Korruptheit der Führung nicht ohne stärkste Rückwirkung auf die Massen des Volkes. Wenn in der Zeit der Weimarer Republik auch nicht zu jeder Zeit und in jedem Fall der Klügste und Wertvollste am Ruder war, sicher ist, daß nach 1933 in Deutschland die Dummsten und die Wertlosten geherrscht haben. Die Nazierrschaft hat in Deutschland einen Typ Menschen erzeugt, der zwar politisch nichts weiß und nichts beurteilen kann, dafür sein Urteil aber um so dreister und vorlauter abgibt, wenn er es — ohne Gefahr tun kann. Die Nazi haben einen Staat der Räuber errichtet, in dem das Recht zu stehlen und sich kriminell zu betätigen, streng nach dem Rang in der Partei bemessen war. Für die Führerschicht ist dieses Land nichts anderes gewesen als ein Stück Beute.

Raffiniert haben die Hauptschuldigen eine riesige Zahl kleiner Kumpane in ihre Schuld verstrickt. Alles, was der Nazismus tat, hatte nur zum Ziel, seine eigene Herrschaft und das Recht auf Beute zu sichern. Die Nazi haben eine Ueberführung von Vermögen aus fremden in die eigenen Taschen erreicht, die nur verglichen werden kann mit der Umschichtung in einer sozialen Revolution.

So konnte die Oberschicht der Nazi, die vor 1933 nichts weiter war, als eine Horde von Taugenichtsen und verkrachten Existenzen, zu vielfachen Millionären werden und ein Leben von unerhörtem Luxus und Schwelgerei führen. So konnten

aber auch weite Kreise ihrer Gefolgschaft ohne Leistung und Anstrengung in den Genuß sonst unerreichbarer Lebensgüter kommen. Dazu verkündete dann ihre Propaganda: „Wir sprechen im Namen aller anständigen Deutschen“. Sie erklärte den politischen Gegner zum „Untermenschen“, sprach von den anderen Völkern als von „niedriger und schlechter Rasse“, triefte nur so von Gemeinschaftssinn und deutschem Idealismus, und dabei hatten sie alle die Taschen voll Diebesgut.

Es sind als schlimmste Hinterlassenschaft des Dritten Reiches zu viele da, die ein Leben voll Ansprüchen und Geltung ohne Arbeit kennengelernt haben. Mag jetzt die „Idee“ des Nazismus auch als Seifenblase zerplatzt sein, mag sich die Führungsschicht als unvergleichbar charakter- und wertlos offenbart haben,

die Nazi bleiben als soziale Tatsache bestehen.

Es sind unbeschadet der formalen Parteizugehörigkeit alle diejenigen, die im Dritten Reich etwas gehabt haben, was sie sonst nie und nirgends werden haben können. Ein Teil von ihnen wird ähnlich wie in den Zeiten nach 1918 die Kraft aufbringen, ein neues Leben zu beginnen. Sie können mit der Zeit wertvolle Bestandteile des Volksganzen werden. Andere aber, die Lebensuntüchtigen und Arbeitsunwilligen, werden eine Gefahr für den neuen Staat bleiben. Um die ganze Größe dieser Bedrohung zu erkennen, muß man sich vorstellen, wie jetzt in Deutschland die Verhältnisse wären, wenn die Besatzung nicht da wäre. Wir hätten den Bürgerkrieg, und zwar den von den Nazi und der Reaktion gewollten Bürgerkrieg.

Nach 1918 sprach man in Deutschland von dem „Klassenkampf der Offiziere“. Diese Tendenzen sind heute ungleich stärker als damals. Gerade heute träumen die Nazi den schönsten aller Naziträume: wohlbewaffnet auf unbewaffnete politische Gegner im eigenen Lande schießen zu dürfen. Es ist das eine Gelsteshaltung, welche die Welt wohl nicht verstehen kann, die wir deutschen Nazifeinde aber seit 1918 sehr gut kennen und zu würdigen wissen. Unser Staatswesen muß heute bereits auf die Eventualität eingestellt werden, daß Deutschland einmal nicht mehr besetzt ist. Wenn sich die ersten Regungen dieses Nazigeistes aus den Geheimzirkeln herauswagen, dann muß so zugepackt werden, daß den Nazi für immer die Lust vergeht, sich mit diesen Methoden bemerkbar zu machen. Anderenfalls wird jede politisch aufbauende Tätigkeit in Deutschland sinnlos.

II. Wollen die Deutschen Politik treiben?

Immer wieder hört man ausländische und deutsche Stimmen, daß in Deutschland kein wirkliches politisches Interesse vorhanden sei. Die Deutschen hätten nur Sorgen wegen ihrer täglichen Nöte, würden nur an Wohnung, Ernährung und Heizung denken.

Tatsächlich sind in Deutschland ein sehr großes politisches Interesse und ein ebenso starker Drang, sich zu betätigen, vorhanden. In den verschiedensten Formen und mit starken lokalen Aufsplitterungen haben die Feinde des Nazismus die Grundlagen ihrer politischen Organisation über die zwölf Jahre hinweg zu bewahren verstanden. Vom Tage des Zusammenbruchs an haben diese Kräfte sich auch zu rühren und neu zu organisieren begonnen. Weite Kreise der Bevölkerung haben diese Regungen mit Aufmerksamkeit und Sympathie verfolgt und drängen ihrerseits an die politischen Parteien heran. Es sind das die Teile des Volkes, die dem Nazismus, innerlich ablehnend und meist auch äußerlich distanziert gegenübergestanden haben.

Die heute so oft festgestellte Teilnahmslosigkeit und Müdigkeit ist die herrschende Stimmung bei den Nazi und den reaktionären Mitschuldigen. Für sie ist die Politik wertlos, weil sie nicht mehr ihre eigene Politik sein kann. Dieselben Leute würden sehr viel politisches Interesse zeigen und wären sehr aktiv, wenn es möglich wäre, eine nationalistische und militaristische Politik gegen die Demokratie und gegen die arbeitenden Massen zu treiben.

Weil ihre eigene Herrschaft untergegangen ist, gefallen sie sich in einer Weltuntergangsstimmung und hindern so die Möglichkeiten des Aufbaues. Jetzt flüchten sie sich in die These, daß jeder vernünftige Mensch sich nicht um Politik, sondern um sein persönliches Wohlergehen zu kümmern habe. Wenn sie diese Einsicht nur früher gehabt hätten, dann wäre Deutschland heute das glücklichste Land. Sie versuchen mit der Atmosphäre der Resignation und der Mutlosigkeit die ihnen erreichbaren Teile des Volkes, vor allem der Jugend.

Inzwischen aber lassen sie es sich nach Kräften wohlergehen. Es ist ja auch Nazitradition, auf Kosten der Allgemeinheit ein möglichst gutes Leben zu führen. Dazu hat man früher die Politik als Hilfsmittel benutzen können. Jetzt bleibt für den Durchschnittsnazi nur der Egoismus und das Schiebertum übrig.

Die Nazi helfen einander in jeder erdenklichen Weise, in der Versorgung mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs, der Arbeitsbeschaffung und in allen Formen der geschäftlichen und privaten Bevorzugung. Das ist ein sozialer Tatbestand von weitreichender Bedeutung, den die Nazigegner schmerzlich zu spüren bekommen. Die Massenhaftigkeit der Nazi und die Tatsache, daß sie überall noch ihre Leute oder wenigstens ihre Verbindungen haben, schafft unerträgliche Zustände. In einer unvorstellbaren großen Anzahl von Fällen lebt heute der Nazi besser als der Nazifeind. Im Volke geht das bittere Spottwort um, daß man Nazi gewesen sein müsse, wenn man es heute zu etwas bringen wolle.

Hinter dem geschäftlichen Zusammenwirken der Nazi steht eine unausgesprochene politische Solidarität

Die Nazi kleben aneinander nicht nur deswegen, weil ein Druck von außen sie zusammenpreßt, sondern auch weil sie glauben, daß die letzte Entscheidung noch nicht gefallen sei. Alle Schuldigen an dem großen Unheil hoffen noch auf eine Chance der politischen Wiederkehr irgendeiner Form der Reaktion.

Bis dahin beteuern sie eifrig, eigentlich nie Nazi gewesen zu sein und von nichts etwas gewußt zu haben. Wenn man sie so reden hört, muß man glauben, daß der einzige Nazi in Deutschland Adolf Hitler gewesen sei. Untereinander aber sprechen sie eine andere Sprache. Vorläufig appellieren sie beweglich an die Toleranz der von ihnen Unterdrückten und Entwürdigten und nutzen die Möglichkeiten der Demokratie nach Kräften aus. Sie hoffen dabei auf den Tag, an dem sie in der Lage sind, die Toleranz mit Intoleranz quittieren zu können. Im Grunde ihres Herzens halten sie die Demokratie für eine Äußerung menschlichen Schwachsinn und lachen über diejenigen, die ihnen die Freiheiten der Demokratie gewähren.

Gewiß gelten diese Feststellungen nur für einen Bruchteil der früheren Nazi, aber der ist erschreckend groß. In jedem Falle ist die Auseinandersetzung mit dieser geistigen und politischen Haltung unvermeidlich, und jede Schwäche wäre eine politische Todsünde von unabsehbaren Folgen.

Der Wille zur Demokratie lebt in großen Teilen des Volkes. Es ist eine Lebensfrage für Deutschland, daß es gelingt, die aufbauwilligen und in ihrer politischen Moral intakten Kräfte zu sammeln. Die einzige in unserem Lande mögliche Politik ist die Politik für das Volk, durch das Volk und mit dem Volke. Das ist die Tradition der Sozialdemokratischen Partei seit mehr als achtzig Jahren. Für sie ist die Demokratie nicht erst das Ergebnis des Sieges der angelsächsischen Waffen.

Für den moralischen und politischen Aufbau in Deutschland ist die Frage nach der Schuld des gesamten deutschen Volkes von größter Bedeutung. Ein solches Schuldbekenntnis für das gesamte Volk haben wir bisher nur aus dem Munde von Männern gehört, die durch ihre politische Vergangenheit Repräsentanten einer geschichtlichen Schuld großer Teile des deutschen Volkes am Nazismus und damit am zweiten Weltkrieg sind. Wenn frühere nationalistische Militaristen, die jetzt ein geistliches Gewand tragen, von einer Schuld sprechen, dann ist das ein Be-

kenntnis, das begrüßenswert ist, solange sie nur für sich und ihre Kreise reden. Wenn die Kommunisten als einzige Partei in Deutschland sich zu einer Gesamtschuld bekennen, dann kann man sich das zwar außenpolitisch erklären, empfindet es aber als Undankbarkeit gegen die zahlreichen Opfer des Faschismus aus ihren eigenen Reihen. Das Schuldbekenntnis für die Kommunistische Partei ist an sich eine Selbstverständlichkeit, denn ohne die Haltung der Kommunisten wäre das Versagen des deutschen Parlamentarismus und damit die Möglichkeit für die Nazi, an die Regierung zu kommen, nicht gegeben gewesen.

Wenn aber diese Männer und Richtungen sich für berechtigt halten, ein Schuldbekenntnis für die gesamte deutsche Nation auszusprechen, dann erklären wir ihnen, daß sie dazu nicht legitimiert sind. Mit dieser Methode dehnen sie ihren eigenen historischen Schuldanteil auf Menschen und Richtungen aus, welche die eigentlichen Gegenspieler des Nazismus gewesen sind und auch heute noch sind. Mit dem Wort von der Gesamtschuld beginnt eine große geschichtliche Lüge, mit der man den Neubau Deutschlands nicht vornehmen kann. Diese Ex-militaristen und Antidemokraten haben alle Veranlassung, sich an die Brust zu schlagen und ihre Schuld zu beklagen. Aber sie dürfen nicht sich und ihr eigenes Verschulden hinter dem breiteren Rücken der Kämpfer für die Demokratie unehrlich verstecken. Soll nur jeder seinen Anteil an der Schuld bekennen und nicht so krampfhaft Mitschuldige suchen. Das geschieht ja doch, nur, um sich selbst entschuldigen oder die eigene Schuld verkleinern und erklären zu können. Die Sozialdemokratische Partei hat vor 1933 unter den größten politischen Belastungen und Demütigungen gekämpft, um das Naziumheil für Deutschland und die Welt zu vermeiden. Sie ist die Partei gewesen, die damals für dieses Ziel die eigentlichen politischen Opfer bis an den Rand der Selbstaufgabe gebracht hat.

Als das Unglück doch hereingebrochen war, hat sie trotz der praktischen Ausichtslosigkeit die Opfer der Illegalität nicht gescheut. Sie erkennt dankbar an, daß dies auch bei anderen politischen Richtungen der Fall gewesen ist. Der Sinn der sozialdemokratischen Opfer in der Illegalität ist nur darin zu sehen, daß der Welt damit gezeigt werden sollte, daß nicht alle Deutschen Nazi seien, und daß neben dem Nazi-Deutschland auch noch ein anderes Deutschland bestände. Tatsächlich ist dann auch kein Opfer, das die Nazifeinde gebracht haben, ohne Sinn und Zweck geblieben, denn jetzt gibt es wenigstens Menschen in Deutschland, denen die Welt die moralisch-politische Berechtigung nicht abstreiten kann, die Stimme bei der Neugestaltung Deutschlands zu erheben.

Gegenüber manchen Vorwürfen in der internationalen Arbeiterbewegung erklärt die Sozialdemokratie, daß die deutsche Arbeiterklasse als Ganzes den Vergleich mit der Arbeiterklasse irgendeines anderen Landes nicht zu scheuen braucht. Ihre Verlustliste beweist es. Daß der Nazismus kommen konnte, und mehr noch, daß er den zweiten Weltkrieg vorbereiten und auszulösen vermochte, ist ja nicht nur eine Frage nationalen, sondern auch internationalen Verschuldens.

Wenn es in Deutschland niemals zu den Formen des bewaffneten Widerstandes während des Krieges gekommen ist, wie in den Ländern, die von den Armeen der Nazi okkupiert und ausgeplündert worden sind, so liegt das daran, daß der Druck des Naziterrors in Deutschland unvergleichlich stärker war als anderswo und weil in Deutschland das Moment des nationalen Widerstandes fehlte. Die deutsche Arbeiterklasse hat darum an die internationale Arbeiterbewegung nur den einen Wunsch zu richten: Gerechte und objektive Nachprüfung der Tatsachen!

III. Der Führungsanspruch der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratische Partei kann und will nicht behaupten, daß ihr Kampf um die Gestaltung der Weimarer Republik in den Jahren 1918 bis 1933 ohne Fehler und personelle Versager gewesen ist. Aber das könnte schließlich keine Partei in

keinem Lande der Welt von sich aussagen. In Deutschland waren die Fehler aller anderen Parteien größere und entscheidendere. Es waren grundsätzliche und bestanden in der verhängnisvollen Verkennung geschichtlicher Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Die Bürgerlichen hatten die staatspolitische, und die Kommunisten hatten die klassenpolitische Notwendigkeit der Demokratie nicht erkannt.

Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Partei in Deutschland gewesen, die an der großen Linie der Demokratie und des Friedens ohne Konzessionen festgehalten hat. Darum kann nur sie allein von sich sagen, daß die Grundsätze ihrer Politik ihre Prüfung vor dem Richterstuhl der Geschichte bestanden haben. Alle anderen Richtungen in Deutschland sind mehr oder weniger schuld an dem Aufkommen des Nazismus, haben entweder seine geistigen und politischen Grundlagen oder seine praktischen und taktischen Voraussetzungen geschaffen. Neben der Sozialdemokratie käme als Partei der Abwehr nur noch das Zentrum in Frage. Aber selbst seine Politik kann den grundsätzlichen Vergleich mit der Sozialdemokratie nicht bestehen.

Wenn die Sozialdemokratie jetzt den Anspruch auf

die Führung beim Neubau des deutschen Staatswesens

erhebt, dann tut sie das nicht aus einem selbstsüchtigen Parteidmotiv. Sie denkt nicht daran, auch nur den Versuch zu machen, andere unbelastete und aufbauwillige Kräfte in Deutschland von dem Recht auf Mitgestaltung auszuschließen. Sie will aber eine klare Entscheidung darüber, ob wir in Deutschland einen Neubau oder einen Wiederaufbau vornehmen wollen. In den bürgerlichen Strömungen machen sich zuviel Kräfte des Wiederaufbaus geltend.

Die Sozialdemokratische Partei glaubt demgegenüber, daß ein Staat des Wiederaufbaues den Stürmen der Zeit nicht widerstehen könnte, und daß durch das viele alte Material der Schwamm bereits im Hause wäre, bevor es bezogen werden könnte. Zuviel alte Ideen und Methoden, zuviel Un- und Antidemokratisches würde dabei eingebaut werden. Nur eine Partei, die sich dessen bewußt ist, daß wir uns in einem Prozeß weltrevolutionärer Umgestaltung befinden, und die die vorwärtsdrängenden Kräfte auch vorwärts führen will, kann den Grundakkord bei diesem Werke anschlagen. Mit den Mitteln taktischer Schlaueit und bürokratischer Erbschleicherei, mit dem Versuch, die Notwendigkeiten der Zeit zu umgehen und zu verschleppen, wird das Aufbauwerk gefährdet.

Wenn die Sozialdemokratie ihr parteilegisches Wohlergehen zur Grundlage ihrer Politik machen würde, dann müßte sie sich in der ersten schwersten und am meisten belastenden Periode der Aufbauarbeit möglichst im zweiten Glied halten. Die bitteren Erfahrungen nach 1918 sollte der Sozialdemokratie, die damals in die Bresche sprang, und das Reich zusammenhielt, jede Neigung dazu genommen haben, sich zum zweiten Male nach einem verlorenen Weltkrieg in die höchste Gefahr zu bringen. 1945 sind die Voraussetzungen materiell und politisch ungleich schlechtere als damals. Es ist die Zerstörung nicht nur unvergleichbar größer, es fehlt auch jedes Vertrauen in der Welt zu dem deutschen Volk von heute.

Würde sich die Sozialdemokratie in der Zeit zurückhalten, dann wäre damit die immanente Logik der politischen Entwicklung gestört. Das Volk empfindet die Sozialdemokratie als den eigentlichen Gegenpol des Nazismus. Instinktiv verlangt es die Aktion der grundsätzlichen Demokraten nach dem Zusammenbruch des Diktaturprinzips. In Deutschland ist mit der Niederlage der Nazidiktatur die Idee jeder Diktatur zusammengebrochen.

Es mag draußen in der Welt überraschend und verbitternd wirken, daß in diesem klassischen Lande aller Arten von Feindschaft gegen die Demokratie plötzlich alle Menschen nur noch Demokraten sein wollen. Es hat der Eindruck entstehen müssen, als ob die Deutschen dann für das Recht schwärmen, wenn sie keine Macht mehr haben. Sicherlich ist das bei einer Anzahl von Deutschen auch der Fall, und

in verschiedenen Teilen des Volkes hat sich die törichte und großmüßige Absprecherel gegenüber der Demokratie auch jetzt noch erhalten und findet nur nicht die Möglichkeiten des politischen Ausdrucks. Aber ebenso sicher ist, daß große Teile des Volkes, und vor allem die von der Sozialdemokratie politisch beeinflussten Kreise erkannt haben, daß nur ein demokratisches Deutschland möglich ist und jede Art, auch nur von inneren Reservaten gegenüber der Idee der Demokratie die denkbar größte Gefährdung der deutschen Zukunft bedeutet.

Die innere Notwendigkeit jeder denkbaren deutschen Politik zwingt die Sozialdemokratie, sich in die erste Reihe zu stellen und das Recht für sich in Anspruch zu nehmen, die deutsche Politik führend zu gestalten. Die parteitaktischen Erwägungen, ob die Sozialdemokratie sich und ihre derzeitige Führungsschicht dadurch nicht zu stark verbrauchen würde, treten hinter diesen unabwendbaren Zwang zurück. Wir wissen, daß uns viele Leute, die die Größe und den Umfang des deutschen Zusammenbruchs noch nicht erkannt haben, dafür haftbar machen werden, daß wir nicht die Folgen des Dritten Reiches kurz und schmerzlos aus der Welt schaffen und die Menschen dort weitermachen lassen können, wo sie 1933 oder 1939 aufgehört haben.

Der Krieg, der mit einer Herausforderung der ganzen Welt begann und der als Krieg der Nazi gegen Deutschland endete, ist von keiner politischen Partei und mit keinem erdenkbaren Mittel in seinen Folgen aus der Welt zu schaffen. Es kommt nur darauf an, wie man diese Folgen gestaltet.

IV. Die Sozialdemokratie und ihre Gegner

Zwangsläufig gruppiert sich die politische Parteienbildung um die Frage: Wie sollen die Lasten des Zusammenbruchs verteilt werden? Aus der Beantwortung dieser Frage ergeben sich die Richtlinien für den Neubau. Die Sozialdemokratische Partei will die Lastenverteilung unter dem Gesichtspunkt des gerechten Ausgleichs. Es kann nicht sein, daß ein Teil des Volkes alles verloren hat und der andere ungeschoren davonkommt. Wer noch am meisten hat, der hat auch die größten Opfer zu bringen, und vor allem diejenigen sollen die Folgen tragen, deren Politik die Katastrophe heraufbeschworen hat.

Bei dieser klaren Herausbildung der Fronten scheidet die Kommunistische Partei schon dadurch aus, daß ihre verantwortlichen Sprecher erklären, „heute keine sozialistischen Forderungen“ zu haben, und daß sie als Partei von Kapitalismus, Unternehmertum und Privateigentum zu schwärmen beginnt. Die KPD ist in ihrer politischen Theorie und Praxis ebenso vollständig zusammengebrochen wie das Nazitum und der Militarismus. Unter dem Gesichtspunkt deutscher Politik, besteht kein zwingender Grund für ihre Weiterexistenz. Ebenso wenig hat die Sozialdemokratie Veranlassung, für den geschwächten Parteikörper der KPD den Blutspender abzugeben und auf irgendeinen Annäherungsversuch auch nur andeutungsweise einzugehen.

Die Sozialdemokratische Partei richtet sich nach den politischen und sozialen Notwendigkeiten der deutschen arbeitenden Menschen. Sie kann und will nicht das autokratisch gehandhabte Instrument irgendeiner Siegermacht sein. Genau so, wie sie im Innern selbständig ist, bleibt sie unabhängig gegenüber den ausländischen Faktoren. Sie ist nicht russisch und nicht britisch, nicht französisch und nicht amerikanisch, sondern die Vertretung des neuen Deutschlands. Das sagt die Sozialdemokratie als bewußt internationale Partei, die in engster Zusammenarbeit mit allen in Frage kommenden Mächten, und vor allem mit der internationalen Arbeiterbewegung ihre Aufgabe sieht. Der Sozialdemokratie sind national und international keine Gegensätze gestellt, sondern notwendige Ergänzungen. Es ist an der Zeit, daß auch das nationalistisch verseuchte Volk sich diese Weite des Blickes erwirbt.

In der Vergangenheit ist in Deutschland im Bürgertum erst die demokratische, dann die liberale Ideenwelt verschwunden zugunsten einer reinen Interessenideologie,

Die nicht vollendete bürgerliche Revolution von 1848 und das dadurch entstandene Bündnis zwischen Agrarkapital und Militarismus auf der einen und der bürgerlichen Industrie- und Geschäftswelt auf der anderen Seite hat diese verhängnisvolle Entwicklung angebahnt.

Auch heute sind die bürgerlichen Parteien trotz aller ideenmäßigen Verkleidungen reine Besitzverteidigungs-Parteien

Der eigentliche Beweggrund ihrer Existenz sind die wirtschaftlichen Interessen derjenigen, die noch etwas haben und von ihrem Besitz möglichst nichts abgeben wollen.

Jede ablenkende politische Ideologie ist ein Versuch, die arbeitenden Massen, die Besitzlosen und besitzlos Gewordenen darüber zu täuschen, wo allein sie die Vertretung ihrer Interessen finden können. Friedrich Schiller, dem man gewiß nicht absprechen kann, der klarste Ausdruck des deutschen Idealismus zu sein, hat deutlich erkannt, worum es ging und immer gehen wird, als er sagte: „Es ist nicht alles, wenn man warm wohnt und sich satt essen kann, aber man muß zuerst warm wohnen und satt sein, damit sich die bessere Natur regen soll.“

Diese Manöver der Ablenkung und der Täuschung sind ein wesentlicher Bestandteil der bürgerlichen Politik in Deutschland. Schon vor dem ersten Weltkrieg haben der Deutsche Imperialismus und Militarismus eine besondere Denkungsart im deutschen Volk durch den Mißbrauch des nationalen Gedankens zu erzeugen versucht. Das war plumpster Klassenmaterialismus und ist doch als deutscher Idealismus verharmlet worden. Es war das Klasseninteresse des Großbesitzes, das in unserem Lande den Nationalismus über die selbstverständliche und saubere nationale Idee siegen ließ. Das deutsche Volk, das auf Grund seiner Geschichte, die in den letzten vierhundert Jahren eine reine Fürsten-, Militär- und Beamten Geschichte gewesen war, mit seiner politischen Freiheit nichts anzufangen wußte, ist in großen Teilen dieser Propaganda unterlegen. Der Nazismus war nur der Schlußstrich unter eine Rechnung, die das Kapital und der Militarismus schon lange vor ihm aufgestellt hat. Für den Kapitalismus hätte sich das deutsche Volk nie zu erwärmen gewußt. Für den Mißbrauch der nationalen Idee war es zugänglich. Das Ergebnis ist die Zerstörung der Nation und der Parteien, die den nationalen Gedanken als politisches Monopol für sich haben ausnutzen wollen.

Um mit dem nationalen Gedanken öffentlich zu operieren, fehlt es heute den Besitzbürgern an Mut. Jetzt muß der Begriff „christlich“ als die große Tarnung herhalten. Die Bezeichnung christlich ist nicht sauber und nicht anständig gegenüber den anderen Parteien, denen damit antichristliche Momente in ihrer Politik unterstellt werden. Tatsächlich ist das Christentum von keiner politischen Richtung in Deutschland bedroht. Mit der Aufnahme des Wortes christlich in einer Parteifirmierung, wird das Monopol des Christentums für eine politische Richtung in Anspruch genommen. Das ist gerade im Interesse des Christentums nicht gut, denn so wird sein Schicksal künstlich von dem Wohlergehen einer Partei abhängig gemacht. So etwas mag vorübergehend für diese Partei von Nutzen sein, für das Christentum ist es das nicht. Jetzt ist für sie selbst, wie für das deutsche Volk von größter Wichtigkeit, daß die Kirchen den notwendigen Abstand zu solchen Erscheinungen halten, und ihre Diener sich nicht einseitig engagieren. Es wäre nicht unser Wille und Verschulden, wenn dann die Kirchen als Instrument der Besitzverteidigung erscheinen und dadurch in einen verhängnisvollen Gegensatz zu der antikapitalistischen Grundstimmung des Volkes geraten würden.

Aber viele Leute in Deutschland setzen ihre Ehre darein, aus der Vergangenheit nichts gelernt zu haben. Wenn man jetzt Formeln, wie die: „Christentum oder Bolschewismus“ hört, dann fühlt man sich in die Zeiten zurückversetzt, in denen der Nazismus mit dem Schlager: „Nationalsozialismus oder Bolschewismus“ um die Macht kämpfte. Diese Praxis der Täuschung und Ablenkung haben in der Vergangenheit ihre verhängnisvollen Konsequenzen gehabt und ihre Gegensätzlichkeit ist doppelt gefährlich.

Daß sich diese Methoden überhaupt herausbilden können, ist ein Beweis dafür, wie sehr diese Bewegungen bereits der Unterschluß für Nazi und Reaktionäre geworden sind. Man spürt heute schon, wie sich das Gesicht bürgerlicher Parteien entscheidend zu ändern beginnt. Hier machen sich nicht die früheren Nazi, die etwas gelernt haben und sich ändern wollen bemerkbar. Es sind gerade die Nazi und Reaktionäre, die auf Gedeih und Verderb das behalten wollen, was sie in Händen haben, und die sich von der Firmierung „christlich“ genau so gern decken lassen, wie früher von der Bezeichnung „national“.

Die ganze hoffnungslose Unbelehrbarkeit der bürgerlichen Politiker der älteren Generation zeigt sich auch in der Art, in der sie der Sozialdemokratie gegenüber treten. Sie glauben noch immer, dieselbe Partei von vor 1933 vor sich zu haben, die sie politisch und sozial erpressen und demütigen konnten, weil der Sozialdemokratie kein Opfer zu groß war, um die Machtergreifung durch den Nazismus zu verhindern. Sie sehen nicht, daß sich die Voraussetzungen der sozialdemokratischen Politik geändert haben, und daß diese Partei gar nicht daran denkt und im Interesse des deutschen Neubaus auch nicht daran denken darf, sich zum Objekt einer bürgerlichen Interessenpolitik machen zu lassen. In ihrem Verhältnis zu den anderen Parteien ist die Sozialdemokratie frei in ihren Entschlüssen.

Die verhängnisvoll falsche Einschätzung der Sozialdemokratie macht sich vor allem bei der Besetzung der führenden Posten in Regierung und Verwaltung bemerkbar. Die Bürgerlichen scheinen diese Positionen weitgehend als ihr Privileg anzusehen. Jedenfalls steht der bürgerliche Anteil in keinem Verhältnis zu der politischen Kraft dieser Richtungen, sondern ist sehr viel größer.

Es ist das vielleicht schwerste praktische Hemmnis für den Neubau, daß sich überall die Kräfte des Wiederaufbaus, d. h. reaktionäre Bürokraten und Belastete aller Art herandrängen und von den bürgerlichen Parteien noch gefördert werden.

Wahlen können eine politische Klärung bringen, werden aber an der gefährlichen Zusammensetzung der Exekutive in der Mehrzahl der Fälle kaum etwas ändern. Die neuen Männer, die auf Grund von Wahlen in die politischen Spitzenstellungen einziehen, werden voraussichtlich einen Beamtenapparat vorfinden, der seinen eigenen Willen in sich trägt. Durch seine Geschäftsführung kann er dann die Beschlüsse der neugewählten Körperschaften korrigieren und entstellen. Man darf bei der Betrachtung der deutschen Verhältnisse nicht übersehen, daß die Beamten in Deutschland als Fürstendiener vor den Parlamenten dagewesen sind. Es ist ihnen geradezu anerzogen, die ihnen jetzt allein zustehende Rolle als Vollstrecker des Volkswillens in eine Position der Autorität gegenüber dem Volke zu verwandeln. Dabei werden sie stets die klassenmäßige und gesellschaftliche Unterstützung des bürgerlichen Parteiensystems finden.

Die Sozialdemokratische Presse kann und will Verantwortung tragen nur für die Männer, bei deren Auswahl sie selbst maßgebend mitgewirkt hat

Es ist nicht so, daß sie unter allen Umständen „mit dabei“ sein muß. Sie wird vor dem Volk nicht die Verantwortung tragen für Maßnahmen, die von anderen in einem Geiste des Gegensatzes zu Demokratie und Sozialismus getroffen werden.

Mehr noch als nach 1918 ist Deutschland zur Zeit von der Gefahr einer Politik der verpaßten Gelegenheiten bedroht. Es ist schon richtig, nichts zu überstürzen, aber schließlich haben ja alle Beteiligten lange genug Zeit gehabt darüber nachzudenken, mit welchen Maßnahmen und Methoden sie ihre Aufgaben haben bewältigen wollen. Nicht wiederkehrende Möglichkeiten werden jetzt versäumt. Unwiederbringliche Zeit geht verloren. Gegenüber einer weltrevolutionären Umgestaltung der Dinge und Menschen operiert man mit den Methoden der Restauration und des Fortwurstelns. Die Gefahren, die aus der heutigen Beamtenpolitik entstehen, können

gar nicht überschätzt werden. Mit den ersten Schritten zur Demokratisierung beginnt man bereits die Voraussetzungen für ihre Sabotierung zu schaffen. Parteien sollen ehrlich und offen ihre Besonderheiten und ihre eigentlichen Ziele herausstellen und nach ihrem Prinzip das Volk zu formen versuchen. Aber sie sollen nicht das mißbrauchen, was Allgemeingültigkeit und allgemeinen Respekt verlangt.

V. Neubau durch Sozialismus!

Der Sinn der sozialdemokratischen Politik liegt darin, den Menschen ökonomisch zu befreien, um ihm die Voraussetzungen für die politische und moralische Freiheit zu schaffen. Der Sozialismus kann nicht als Geschenk kommen, sondern muß in dem politischen Willen seine demokratische Legitimation finden. Die bloße Aufrichtung einer nicht erkämpften, sondern verordneten Demokratie kann nicht den Sozialismus bringen, wenn nicht die konzentrierte politische Kraft aller arbeitenden Menschen in Deutschland auf dieses Ziel drängt.

Alle Tendenzen des Wiederaufbaus sind Versuche, den Kapitalismus wieder zu beleben. Aber der Glaube an die Autorität der bisher herrschenden Klassen ist im Volk erschüttert. Auf ihm läßt sich keine Gesellschaftsverfassung mehr aufbauen. „Die herrschenden Ideen sind die Ideen der herrschenden Klasse“, hat Karl Marx gesagt.

Aber wer ist denn heute die herrschende Klasse? Ein zerschlagener und zertrümmerter Haufen, der innen- und außenpolitisch bankrott gemacht hat. Gewiß sind noch viele Existenzen materiell fundiert, und ebenso sicher ist es, daß sie nicht daran denken, diese Fundierung aufzugeben, damit das ganze Volk weiterleben kann. Mit allen Mitteln der taktischen Raffinesse, der gesellschaftlichen Querverbindungen, der wirtschaftlichen Organisationen und jetzt auch der bürgerlichen Parteien, möchten sie wieder da anknüpfen, wo sie 1932/33 — zum großen Teil in frevelhafter Kurzsichtigkeit freiwillig — aufgehört haben. Aber die politische und soziale Situation von Weimar ist nicht wieder herzustellen. Es fehlen nicht nur die äußeren Bedingungen, sondern es fehlt auch die innere Voraussetzung der Weimarer Republik, die in einer Situation des Gleichgewichts der Klassen bestand hat. In dem Auf und Ab kleinerer Verschiebungen dieses Gleichgewichts spielten sich die politischen und sozialen Kämpfe in der Republik ab. Es war der Großbesitz, der diese Situation endgültig zerstört hat. Er hat mit allen Mitteln der Intrige, der Perfidie und der Gewalt dadurch die Macht auf seine Seite gebracht, daß er die Nazi in den Sattel setzte, als diese Bewegung bereits in ein rückläufiges Stadium eingetreten war. Er hat gemeint, eine einmalige historische Chance nicht versäumen zu dürfen. Er hat gewußt, daß er dies um den Preis der Zerstörung der innerdeutschen Freiheit und eines großen Krieges getan hat. Er war politisch unbegabt genug, nicht zu sehen, daß er in diesem Kriege und seinen weltrevolutionären Konsequenzen sich selbst vernichten mußte. Er hat freie Hand für sein System der einseitigen Machtkonzentrierung auf die Seite der Besitzenden gehabt. Dieses System hat dann seine Kräfte mit der Welt gemessen und ist 1945 restlos zusammengebrochen. Der Großbesitz hat damit für immer seine Unfähigkeit erwiesen, Deutschland zu regieren.

Die unvermeidbare Konsequenz ist jetzt, daß die arbeitenden Massen, die Menschen ohne oder mit nur geringem Besitz, zum Zuge kommen. Es ist der Kapitalismus in Deutschland, der mit dem Zusammenbruch seiner politischen Methoden und Parteien auch selbst zusammengebrochen ist.

Auf der Tagesordnung steht heute als der entscheidende Punkt die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung und

Die Ueberführung der Produktionsmittel aus der Hand der großen Besitzenden in gesellschaftliches Eigentum,

die Lenkung der gesamten Wirtschaft nicht nach privaten Profitinteressen, sondern nach den Grundsätzen volkswirtschaftlich notwendiger Planung. Das Durcheinander

kapitalistischer Unternehmerwirtschaft, deren Träger keine größere Sorge kennen als die, morgen noch mehr Geld zu verdienen als heute, kann nicht ertragen werden. Planung und Lenkung sind noch nicht Sozialismus, sondern erst die Voraussetzung dazu. Der entscheidende Schritt ist erst in einschneidenden Sozialisierungsmaßnahmen zu sehen.

Deutschland ist zu arm, um sich den Luxus einer planlosen Gütererzeugung oder der Sondergewinne für den Monopolkapitalismus leisten zu können. Das Sozialprodukt selbst aus einer völlig in Gang gebrachten deutschen Wirtschaft reicht bestenfalls dazu aus, die arbeitenden Menschen zu ernähren und den Bedürftigen soziale Hilfe zu gewähren.

Der Sozialismus ist nicht mehr Angelegenheit der Arbeiterklasse in dem alten engen Sinne des Wortes. Er ist das Programm für Arbeiter, Bauern, Handwerker, Gewerbetreibende und geistige Berufe! Sie alle stehen in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu der eigentlichen Ausbeuterschicht. Es hat zur nationalen und wirtschaftlichen Katastrophe geführt, daß die Kreise des sogenannten Mittelstandes von der Propaganda der Reaktion, der Militaristen und der Nazi eingefangen worden sind und sich damit gegen Demokratie und den Sozialismus als politisches Kanonenfutter haben verwenden lassen. All die tatsächlichen und angeblichen Vorzüge der freien Konkurrenz sind im Hochkapitalismus längst verlorengegangen. Aber auch seine Ueberbleibsel versuchen mit allen Mitteln, ihr Klassenmonopol und damit die Quelle ihrer Bereicherung und die Grundlage für die Unterdrückung der Massen aufrecht zu erhalten. Das derzeitige Fehlen einer öffentlichen Meinung und Kritik läßt sie heute ungehindert eine fieberhafte Tätigkeit entfalten und versuchen, alle nationalen und internationalen Möglichkeiten auszuschöpfen. Sie fühlen sich in ihrer Unkontrolliertheit so sicher, daß die einzelnen Gruppen bereits wieder Machtkämpfe untereinander ausfechten. Entweder beherrschen diese Kapitalisten das Volk oder das Volk beherrscht die Kapitalisten.

Die Tatsache, daß heute viele Produktionsmittel zerstört und zahlreiche kapitalistische Wirtschaftsführer aus dem Produktionsprozeß entfernt worden sind, beweist noch nichts für die Vernichtung des Kapitalismus als System. Dieses System versucht, sich allerorts wieder durchzusetzen und der eigentliche Inhalt der bürgerlichen Parteipolitik ist seine Belebung und die Gewinnung vor allem mittelständlicher Massen für diese Zwecke durch ideologische Täuschungsmanöver.

Der Unternehmernimbus ist im Vergehen. Die Leitung der Unternehmungen ist schon längst auf bezahlte Kräfte übergegangen, die ebenso gut von der Vertretung der Allgemeinheit ernannt und entlohnt werden können. Schon vor 1933 war Deutschland wohl von allen Ländern der Welt das volkswirtschaftlich und technisch für die Sozialisierung am besten geeignete. Der deutsche Hochkapitalismus hat diese Konsequenz dadurch zu vermeiden verstanden, daß er eine gewaltige politische Propaganda gegen die Träger der Ideen des Sozialismus und der Demokratie erfolgreich entfesselt hat. Die Deutschen haben im Reichtum nicht Sozialisten sein wollen, sie werden jetzt in der Armut Sozialisten sein müssen.

Jeder Mensch von Einsicht und Verantwortungsbewußtsein wird erkennen müssen, daß das deutsche Volk nicht mehr reich genug ist, um Unternehmerngewinne, Kapitalprofite und Grundrenten zu zahlen. Die Zerstörung und Verkleinerung der zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Substanz macht eine kapitalistische Profitwirtschaft unmöglich und zwingt zu einer nach gemelnwirtschaftlichen Gesichtspunkten planmäßig ausgerichteten Versorgungswirtschaft.

Die Verstaatlichung der Großindustrie, der Großfinanz und die Aufsiedlung des Großgrundbesitzes sind volkswirtschaftlich eine absolute Notwendigkeit. Vor allem sind der Bergbau, die Schwerindustrie, die Energiewirtschaft, das Verkehrswesen, ein sehr großer Teil der Verarbeitungsindustrie sowie die Versicherungs- und Bankwirtschaft nicht nur sozialisierungsfähig, sondern müssen sozialisiert werden, wenn die deutsche Wirtschaft ausreichend funktionieren soll.

Der Großbesitz versucht mit der Hilfe aller politischen und wirtschaftlichen Richtungen und Einrichtungen, die ihm zugänglich sind, sozialistische Konsequenzen aus der heutigen Situation zu vermeiden. Wie früher, behaupten auch jetzt seine Trabanten von der Sozialdemokratie, daß sie alles Eigentum enteignen und sozialisieren wolle. Wie früher, werfen sie dabei in ihrer Ablenkungs- und Vernebelungspropaganda das Verbrauchs- und Arbeitseigentum des kleinen und mittleren Besitzes mit dem kapitalistischen Profit- und Verwertungseigentum der Großbourgeoisie in einen Topf. Aber wie früher ist das Eigentum des kleinen und mittleren Besitzes von der Sozialdemokratie nicht bedroht.

Die Entprivatisierung der Produktionsmittel des Großbesitzes und ihre Ueberführung in das Eigentum der Allgemeinheit ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sondern eine entscheidende politische Frage. Das Monopolkapital hat Hitler zur Macht verholfen, und in seinem Auftrage hat er den großen Raubkrieg gegen Europa vorbereitet und geführt. Solange es in Deutschland möglich ist, daß sich große Vermögen in der Hand verantwortungsloser Privater sammeln können, ist die Demokratie nicht gesichert. Die ungeheure Wirtschaftskraft der Konzerne muß in die Hand der Allgemeinheit gelegt werden, sonst wirkt sie sich als politische Macht gegen den neuen Staat aus. Die besonderen Voraussetzungen der deutschen Klassenpsychologie und die zwangsmäßigen Gegebenheiten der deutschen Geschichte werden den Großbesitz immer wieder veranlassen, sein Geld in politische Macht umzusetzen, die er dann gegen die Demokratie und den Frieden anwendet.

Die Demokratie ist erst in einem sozialistischen Deutschland gesichert

Die Demokratie ist erst in einem sozialistischen Deutschland gesichert. Im Gegensatz zu den Ländern der alten Demokratie des Westens können Kapitalismus und Demokratie in diesem Lande nicht nebeneinander existieren.

VI. Mittelstand, Agrarreform und soziale Hilfe

Die Sozialdemokratie hat nie so sehr darunter gelitten, was sie eigentlich war, als vielmehr darunter, was die Täuschungspropaganda des Besitzes in den Augen der Urteilslosen aus ihr gemacht hat.

Kein Sozialdemokrat denkt daran, die unsinnige Forderung auf Abschaffung des Privateigentums an den Gegenständen des persönlichen Verbrauchs zu erheben. Aber auch das Privateigentum an den Produktionsmitteln, z. B. den Rohstoffen, Werkstätten, Läden und bäuerlichen Anwesen wird von der Sozialdemokratie dann als berechtigt und notwendig anerkannt, wenn diese Produktionsmittel nicht mit den Methoden der kapitalistischen Ausbeutung angewandt werden.

Es ist nicht die Tatsache des Eigentums schlechthin, welche die Klassen trennt, sondern sein Umfang, seine Intensität und die Methoden seiner Anwendung. Es ist die kapitalistische Ausbeutung, welche die Klassengrenzen zieht. Überall, wo der Eigentümer auf Grund seiner eigenen Arbeitskraft, der Arbeitskraft seiner Familie oder weniger Hilfskräfte seinen handwerklichen oder bäuerlichen Betrieb bewirtschaftet, ist das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung nicht gegeben. Die Werkstätte des Handwerkers, der Laden des kleinen Händlers stehen nicht unter der Bedrohung der Enteignung. Nur auf das wirtschaftliche Großesigentum, das keine volkswirtschaftlichen Nutzfunktionen mehr erfüllt, will die Sozialisierung die Hand legen.

Hier gilt es, der Wiederholung der großen Schwindelpropaganda, wie sie vor 1933 von den Handlangern des Großbesitzes betrieben worden ist, von Anfang an entgegenzuwirken. Daß diese Agitation schon einmal erfolgreich war, hat die deutsche Katastrophe heraufbeschworen.

Die deutsche Zukunft hängt davon ab, wie sich der Mittelstand zur Sozialdemokratie stellt

Wenn es noch einmal geschieht, daß der gewerbliche und kaufmännische Mittelstand, daß der Angestellte und der Bauer, sich in ihrem größeren Teil „bürgerlich“, d. h. kapitalistisch, antidemokratisch und antisozialistisch orientieren, dann gibt es keinen Aufstieg mehr für Deutschland. Der Kampf um die Gewinnung des Mittelstandes ist schwer, denn seine Angehörigen sind durch Angst um den Besitz verwirrt und durch nationalistische und militaristische Ideen traditionell gebunden. Ihr Blick ist getrübt durch ihren Autoritätsglauben. Wenn ihre Götzen heute auch zertrümmert sind, so sind viele Mittelständler doch noch immer zu eingeschüchtert, um den Ballast sinnloser und schändlicher Tradition über Bord zu werfen. Manche mögen auch noch zu hochmütig sein, um den Weg zu der politischen Vereinigung mit der Klasse der Industriearbeiter zu finden.

Deutschland ist das einzige Land der Welt gewesen, in dem die Bauern nicht demokratisch waren, sondern sich in die Gefolgschaft des Großgrundbesitzes begeben haben. Damit waren sie auch seiner nationalistischen und militaristischen Beeinflussung ausgesetzt. Nachdem das Agrarkapital sein Bündnis mit dem schwerindustriellen Imperialismus eingegangen war, ließen sich die Bauern als Faktor einer imperialistischen und angreiferischen Außenpolitik verwerten, eine sonst nirgend gekannte Absurdität.

Auch hier war die agitatorisch aufgestachelte Angst des kleinen Mannes um seinen Besitz die treibende Kraft. Die Lüge, daß die Sozialdemokratie jedes Eigentum abschaffen wolle, und daß darum alle Besitzenden, ob Groß oder Klein, gegen die Bedroher zusammenstehen müßten, übte ihre Wirkung.

Auch in der Landwirtschaft ist der Unterschied zwischen Groß- und Kleinbesitz in dem Anteil der persönlichen Leistung des Eigentümers an seinem Gewinn zu suchen. Diese persönliche Arbeitsleistung ist beim kleinen und mittleren Bauern das Entscheidende. Umgekehrt ist es beim Großgrundbesitzer! Dort überwiegt der Unternehmergewinn, der aus der Ausbeutung der Arbeitskräfte und der sachlichen Produktionsmittel fließt, so sehr, daß dagegen die eigene Leistung verschwindet.

Deutschland ist nicht mehr in der Lage, sein Grundkapital an land- und forstwirtschaftlich nutzbarem Boden der privaten Ausbeutung zu überlassen. Darum betreibt die sozialdemokratische Bodenpolitik die Vermehrung der Bauernhöfe, die auf der Selbstverantwortung der bäuerlichen Familie ruhen. Das Eigentum des selbstwirtschaftenden Bauern an Grund, Boden und Betriebseinrichtungen bleibt unangetastet. Großbetriebe sind vom Staat zu übernehmen und, soweit sie nicht für Zwecke der bäuerlichen Siedlung verwandt werden, genossenschaftlich zu bewirtschaften.

Die Sozialdemokratie will eine radikale Agrarreform auf der Grundlage der Vermehrung der Bauernstellen und der Produktionssteigerung

Sie ist nicht einverstanden mit den bloßen Gesten einer Agrarreform, mit der Politik, die es sich im Zerschlagen der Güter genug sein läßt. So werden entweder lebensunfähige Zwergbetriebe geschaffen oder die ganze Reform bleibt aus Mangel an landwirtschaftlichen Produktionsmitteln bloße Theorie. Real ist dabei nur die Minderung der Erzeugung. In jedem Falle muß eine so einschneidende Maßnahme mit einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion verbunden sein.

Der landwirtschaftlich zu nutzende Boden ist der wichtigste Bestandteil des Volksvermögens. Er darf weder durch Verkauf, noch durch besondere Formen der Verpachtung Spekulationsobjekt werden, er darf auch nicht als Kapitalsanlage für reiche Leute dienen. Ebenso wenig kann zugelassen werden, daß die neue Agrarverfassung zugunsten der früheren Eigentümer finanziell überlastet wird.

In jedem Falle wird die Bedeutung des landwirtschaftlichen Sektors in Zukunft eine größere sein als in der Vergangenheit. Wenn man aber aus dem Auslande

Pläne hören könnte, Deutschland zu einem reinen Agrarland zu machen, dann wäre deren Verwirklichung die endgültige Zerstörung der deutschen Wirtschaft und der Tod für viele Millionen Menschen.

Wir haben auch in den besten Zeiten der Prosperität und in den Perioden der räumlich größten Ausdehnung des Reiches niemals genügend Nahrungsmittel für die Ernährung unseres Volkes erzeugen können. Heute ist das noch weniger möglich, denn gerade die landwirtschaftlichen Ueberschußgebiete des Ostens stehen uns nicht mehr zur Verfügung. Millionen von Menschen sind in den überfüllten, hochindustrialisierten Westen hinübergezogen. Gerade dieser Teil des Reiches hat seit jeher das geringste landwirtschaftliche Potential gehabt. Die neuen agrarpolitischen Probleme bedeuten die Notwendigkeit einer so großen Vermehrung der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, daß die Industrie damit der wichtigste Bestandteil der Landwirtschaft wird. Nicht einmal die bloße Vorstellung von dem reinen Agrarland ist ohne die Einschaltung der industriellen Potenz möglich.

Die Industrie aber braucht auch von sich aus ihr Leben und ihre Geltung im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft, wenn ihre Menschen nicht zugrunde gehen sollen. Nur ein kleiner Teil von ihnen wäre auf dem Lande unterzubringen und selbst dem nehmen die Millionen aus dem Osten die Möglichkeit. Ohne industriellen Export ist weder die Ernährung des Volkes, noch die Versorgung mit Rohstoffen möglich.

Die Frage auf Leben und Tod für das deutsche Volk ist die, ob es genügend Maschinen behalten und neu bauen kann. Das ist eine Frage, die nur von den einzelnen Siegermächten beantwortet wird und an der jede Nation praktisch zeigt, welches Interesse sie an der Aufrichtung Deutschlands und damit Europas und des Friedens hat. Mit einer Politik der Angst vor einem eventuellen Kriegspotential kann diese Frage nicht gelöst werden, ohne daß Millionen zugrunde gehen. Entscheidende Abhilfe kann nur eine Politik bringen, welche die wirtschaftlichen Interessen des Landes einer nach innen und außen demokratischen und sozialistischen Nation unterstellt.

Die deutschen Sozialdemokraten wissen, daß Reparationen geleistet werden müssen. Sie erkennen die selbstverständliche Verpflichtung für alle Deutschen an, nach Möglichkeit das wieder gutzumachen, was das Dritte Reich an Europa gesündigt hat. Aber sie wissen auch, daß die Grenzen jeder Wiedergutmachung in der Erhaltung der letzten Lebensnotwendigkeiten des eigenen Volkes liegen.

Wenn auch Menschen den Maschinen ins Ausland folgen sollen, dann erhebt die deutsche Sozialdemokratie die Stimme für eine internationale gewerkschaftliche Kontrolle des menschlichen und sozialen Schicksals jeder einzelnen Arbeitskraft, die ins Ausland gehen muß.

Die gerechte Verteilung der Lasten ist die Grundlage nicht nur für den Neubau Deutschlands und seiner Wirtschaft, sondern auch für die notwendige soziale Hilfe.

Ein Teil des deutschen Volkes hat alles verloren und besitzt kaum mehr, als was jeder Einzelne auf dem Körper trägt. Ein anderer Teil besitzt etwas, aber lange nicht genug, um sich damit eine Lebensgrundlage zu geben. Ein dritter Teil aber hat den wirtschaftlichen Grundstock seiner Existenz unbeschädigt durch den Krieg gebracht und erlebt einen ungeheuren Zuwachs an Werten. Diese Dreiteilung des deutschen Volkes darf nicht bestehen bleiben.

Da es unmöglich ist, die anderen Teile auf die Höhe der sozialen Lage der durch den Krieg Nichtgeschädigten zu heben, wird der Ausgleich an einem unteren Punkte zu suchen sein. Er muß aber für all diejenigen, die Haus und Hof und alle Habe verloren haben, für die Vertriebenen, die Ausgebombten und Evakuierten einen Zustand möglichstster Gleichheit mit denen bringen, die sich heute noch ihres Eigentums erfreuen. Alle Deutschen haben den Verlust des Krieges zu tragen und nicht nur einige Teile des Volkes. Den Verarmten und Vertriebenen kann nicht mit einer Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand geholfen werden, zu der jedem

Staat die nötigen Mittel fehlen würden. Es kann nur den Besitzenden soviel genommen werden, um die Anfänge des Ausgleichs zu ermöglichen. Darüber hinaus wird der Kampf um die Verteilung des Sozialproduktes das Seine tun. Die Grundlage der Lebensgestaltung der arbeitenden Massen soll die Gewerkschaft sein. Ihr fällt auch die Aufgabe zu, das Instrument zur Demokratisierung der Wirtschaft in allen betrieblichen und überbetrieblichen Formen zu sein.

Gerade in den Zeiten des Elends ist soziale Hilfe nötig!

Das Dritte Reich hat hier ein Durcheinander hinterlassen, das Abstände und Spannungen enthält, die einfach unerträglich sind. Der schematische und ungerechte Abbau und die Methoden der individuellen Fürsorge haben alles noch verschlimmert. Hier ist eine gründliche Bereinigung und eine Schaffung eindeutiger und klarer Rechtsgrundlagen notwendig. Wir müssen aus der Atmosphäre persönlicher Fürsorge wieder zu einer grundsätzlichen Sozialpolitik mit geordneten und ausreichenden Sätzen kommen. Hier liegen die menschlichen und politischen Notwendigkeiten und nicht in der Erhaltung von irgendwelchen Besitzprivilegien. Die Grundsätze der Sozialversicherung müssen in vollem Umfange zum Leben erweckt und zu einer allgemeinen Volksfürsorge ausgeweitet werden. Es gibt keine staatspolitischen Zwecke, die wichtiger wären. Dabei übersieht die Sozialdemokratische Partei die anderen wichtigen Fragen der Sozialpolitik, das Arbeitsrecht, das Koalitionsrecht, die gesetzliche Arbeitszeit, das Tariffrecht, die Kontrollen und systematischen Ueberwachungen nicht. Dieser Teil der Sozialpolitik ist für ihre Auffassung ein unlöslicher Bestandteil der Ideen des Sozialismus und der Demokratie.

Im besonderen betrachtet die Sozialdemokratie die Opfer des Krieges als ihre hilfsbedürftigen Kameraden. Man kann den Vielen, die gezwungen in den Armeen des Dritten Reiches haben kämpfen müssen, daraus keinen Vorwurf machen und ihnen die Hilfe nicht verweigern, auf die sie menschlich einen Anspruch haben. Man kann auch einer Jugend, die nichts anderes kannte, als den Hitlerkatechismus nicht entgegenhalten, daß sie für das Naziregime gefochten und geblutet habe. Das stand außerhalb des Begreifens und der Urteilskraft dieser jungen Menschen.

Die Sozialdemokratische Partei hält es für ihre Pflicht, den vom Schicksal so schwer Getroffenen zu helfen und ihnen die Möglichkeit zu schaffen, ihrem Leben einen neuen Sinn und einen neuen Inhalt zu geben. Niemals war Sozialpolitik wichtiger und dringlicher als heute. Stärker als je muß der Versuch gemacht werden, das stumpfgewordene Gewissen der Besitzenden wieder zu erwecken, die an dem grauenhaftesten Unglück und an dem kläglichsten Elend, das sich je auf deutschem Boden gezeigt hat, gleichgültig vorbeileben. Passivität der Regierenden hätte hier unheilvolle Folgen. Hungerkrisen schlagen notwendigerweise in politische Krisen um, die das Aufbauwerk gefährden müssen. Es wäre gut, wenn sich die politischen Parteien darauf einigen könnten, alle Fragen sozialer Hilfe dem Konkurrenzkampf zu entziehen und im gemeinsamen Handeln zu lösen.

VII. Kulturpolitik und Persönlichkeit

Die Sozialdemokratische Partei denkt nicht daran, irgend jemand in Deutschland zu bitten, sich doch gütigst zu den Ideen der Demokratie und des Sozialismus bekennen zu wollen. Wer sich nicht im positiven Sinne mit den Ideen und Notwendigkeiten seiner Zeit auseinanderzusetzen imstande ist, der ist ohne Wert für den Neubau.

Das mögen sich auch diejenigen gesagt sein lassen, die sich in einer reaktionären Vorstellungswelt abzugrenzen versuchen und beispielsweise auf Universitäten und Hochschulen aus dem Gefühl heraus, „Elite“ zu sein, sich von allem Neuen im Geistigen und Politischen zu distanzieren versuchen. Weder die Sozialdemokratische Partei noch der neue Staat haben die Pflicht, sich in ein günstiges Licht bei diesen Leuten zu setzen. Die Sozialdemokratie will jedem helfen, der um eine neue Sinngebung ringt. Aber sie wird nicht einen Mangel an gutem Willen einfach hinnehmen.

Sie stellt sie nur vor die Wahl, sich aus eigener Erkenntnis und eigenem Willen neu zu orientieren oder in der Klasse der Handarbeiter die ihren Gaben angemessene Tätigkeit zu finden. Sie sind gar nicht um ein vorschnelles Urteil gebeten worden, sondern man hat ihnen entgegenkommenderweise die Möglichkeit gegeben, etwas zu lernen. Wenn sie von dieser Chance keinen richtigen Gebrauch zu machen verstehen, ja sich in dem Wahn wiegen, im Zeichen der Demokratie ohne Risiko frondieren zu können, dann täuschen sie sich. Zustände, wie sie nach 1918 an den deutschen Hochschulen geherrscht haben, sind nicht zu ertragen. Mit den knappen Mitteln der Allgemeinheit können nicht noch ihre Feinde hochgezüchtet werden.

Der traditionelle deutsche Abstand zwischen den Massen des Volkes und den Gebildeten darf sich nicht noch durch eine verschiedenartige Bewertung der politischen Grundsätze vergrößern. Diese Geisteshaltung hat in der Vergangenheit zur Isolierung Deutschlands in der Welt und zum Nazismus geführt.

Heute sieht die Mehrzahl der Gebildeten und der Menschen von kulturellem Verantwortungsbewußtsein ein, daß die nationalistische Entartung der nationalen Idee, daß die Uebertragung militaristischer Grundsätze auf das politische und gesellschaftliche Leben ein verhängnisvoller Fehler gewesen ist. Sie hat sich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß die Sozialdemokratie im Grunde doch recht gehabt hat. Diese Einsicht muß jetzt ihre politischen Früchte tragen.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat seit den Tagen Lassalles in ihre Anhänger die Achtung vor der Wissenschaft und dem Geist getragen. Nicht zum wenigsten deswegen ist es ihr gelungen, die deutsche Arbeiterklasse geistig und damit politisch zu heben. Jetzt ist es an der Zeit, daß auch die Träger der formalen Bildung sich stärker als bisher um die geistige Hebung der breiten Massen bemühen. Wenn in Deutschland endlich eine echte Volkskultur entstehen soll, dann hat das in erster Linie soziale und politische Voraussetzungen.

Der Mensch darf nicht unter dem Zwang einer kapitalistischen Wirtschaft oder eines totalen Staates oder eines hemmungslosen Kampfes um das tägliche Brot in ein Dasein versinken, das nur durch äußere Umstände bedingt ist. Er soll selbst die Möglichkeiten zur Bildung einer inneren Gemeinschaft finden, die seinen besten Kräften und Anlagen entspricht. Er soll in sich erleben, daß sich einzuflügen aus innerer Erkenntnis mehr ist als der Gehorsam uniformierter Sklaven. Er soll wieder Achtung vor der eigenen und vor der fremden Persönlichkeit bekommen. Ihm soll Toleranz ein Bedürfnis sein, aber er soll Toleranz nur gegenüber Toleranten üben.

Die Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit, wie auch alle anderen großen Ideen der westeuropäischen Revolutionen haben schon seit vielen Jahrzehnten nur noch in der Sozialdemokratie in Deutschland ihre Stätte gehabt. Das Bürgertum hatte diese Prinzipien, die im Schoße bürgerlicher Revolutionen geboren waren, schon längst zugunsten materieller Interessenpolitik aufgegeben. Was die wenigen bürgerlichen Ideologen, die diese Grundsätze noch ernst nahmen, von der Sozialdemokratie schied, war die Tatsache, daß die Sozialdemokraten erst durch die ökonomische Befreiung der Persönlichkeit ihre volle geistige und politische Entfaltung für möglich hielten.

Dieser Respekt vor der menschlichen Persönlichkeit macht die Sozialdemokratische Partei zur Gegnerin der dumpfen und uniformierten Vermassung. In der Sozialdemokratie werden sich viele Menschen aus den verschiedenen geistigen, sittlichen und politischen Motiven zusammenfinden. Die Achtung vor der Persönlichkeit und vor den Motiven ihrer politischen Entscheidung, läßt Jeden in der Sozialdemokratie das gleiche Recht und die gleiche Bewertung finden. Es ist gleichgültig, ob jemand durch die Methoden marxistischer Wirtschaftsanalyse, ob er aus philosophischen oder ethischen Gründen oder ob er aus dem Geist der Bergpredigt Sozialdemokrat geworden ist. Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Verkündung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei.

Aus dieser Achtung der Persönlichkeit sowohl wie aus den Notwendigkeiten der Allgemeinheit ergibt sich zwingend für die Sozialdemokratische Partei, neutral und

unabhängig gegenüber jeder Kirche und jeder Weltanschauung zu sein. Sie erstrebt die gleiche Stellung für den Staat, der sein Verhältnis zu den Kirchen durch Verträge regelt. Auch Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften unterliegen der Verpflichtung, die neue Gemeinschaft zu fördern, in deren Schoß Glaubensbekenntnisse aller Art und ihre Organisationen als Kirchen, Kultusgemeinden oder Gesellschaften ihre volle Bewegungsfreiheit in Wort und Schrift, Kultur und Forschung haben.

Die Sozialdemokratie will eine echte Gemeinschaftsschule, in der alle Konfessionen und Weltanschauungen zu ihrem vollen Recht kommen

Wenn sich das deutsche Volk den Luxus einer kapitalistischen Profitwirtschaft nicht leisten kann, noch weniger kann es sich den noch kostspieligeren Luxus eines Kulturkampfes erlauben. Ansätze dazu zeigen sich im bürgerlichen Lager, und es mag dort schwer sein, den Verlockungen zu widerstehen, die sich aus gewissen äußeren Chancen ergeben. Die Folgen solcher Auseinandersetzungen aber wären denkbar unheilvoll. Zu den vielen anderen auseinanderstrebenden Kräften würde dann noch ein zentrifugaler Faktor von besonderer Bedeutung treten.

Der Staat hat seine Schulen und sonstigen Bildungsanstalten so einzurichten, daß jedem Deutschen jede Bildungsmöglichkeit offensteht, für die er Befähigung und Arbeitswillen mitbringt. Der Aufstieg soll endlich einmal nicht mehr das Vorrecht einer kleinen Schicht Begüterter sein.

Auf den Gebieten des Geistes und der Kultur liegen die Möglichkeiten für Deutschland, wieder Anschluß an die Welt und Geltung in ihr zu erreichen. In den zwölf Jahren des Naziregimes war es isoliert und ohne eigenes Geistesleben. Die Kulturkarikatur des Propagandastaates hat die anderen Völker nur abgeschreckt und angewidert. Die Leistungen der deutschen Wissenschaft hatten sich auf das konzentriert, was für die Zwecke des Krieges verwendbar gewesen ist. Auf allen anderen Gebieten war ein vorher undenkbarer Tiefstand erreicht worden. Gerade in den Zeiten des Zusammenbruchs und der Verelendung müssen diese verschütteten Kräfte des deutschen Volkes wieder freigemacht werden.

VIII. Ist die Erziehung zur Demokratie möglich?

Auch die deutsche Demokratie hat geistig und politisch ihre Tradition. Was an ihr entwicklungsfähig war und ist — und das ist sehr viel — muß auch entwickelt werden. Anderenfalls kommt die Demokratie wie nach 1918 agitatorisch in den Verfall ein aus dem Ausland importiertes Gewächs zu sein, das der deutschen Geschichte und den deutschen Lebensformen nicht entspräche. Heute sind diese Gefahren noch ungleich viel größer als damals.

Für die Jugend ist die Demokratie etwas Neues, gleichgültig, ob sie die Wiederbelebung deutscher Ideen oder aus dem Ausland gebrachte Formen bedeutet. Bei der älteren Generation erhebt sich die Frage, ob neue Erkenntnisse oder alte Ressentiments den Menschen bestimmen. Ein sehr großer Teil des Volkes hat unter dem Einfluß der Propaganda aus dem blinden Glauben an die alleinige Rolle der Gewalt eine Religion gemacht. Von den Älteren hat ein großer Teil mit der politischen Freiheit, wie sie Stück für Stück in der Periode der konstitutionellen Monarchie erobert, und wie sie in der Zeit der Weimarer Republik lebendig geworden war, nicht positiv zu arbeiten verstanden. Sie waren der Führung bedürftig und fühlten sich unter ihr wohler als in der Freiheit. Sie nahmen diese Schwäche noch als einen Vorzug und verlachten und verspotteten die anderen, deren politische Einsicht und Moral demokratisch gerichtet waren.

Bei vielen Deutschen, auch solchen, die sich heute von den Nazi abgekehrt haben, lobte der innere Zwang zur Einkehr und Umkehr noch nicht stark genug.

Sie sind bereit, sich wieder einmal „retten“ zu lassen, aber ebenso gewillt, ihre Retter in Grund und Boden zu kritisieren und zu verdammen, wenn sie nicht das verwirklichen, was zu verwirklichen unmöglich ist.

Die zwölf Jahre Propaganda und noch ältere überkommene Denkformen leben so stark in ihnen, daß sie sich stets so weit nach rechts zu orientieren bemühen, wie die zuständige Besatzungsmacht es ihnen gerade erlaubt. Wären die Siegermächte z. B. so großzügig, eine Deutschnationale Partei, d. h. die Partei derjenigen zu gestatten, die Schuld an der Herrschaft des Nazismus und damit der Katastrophe sind, dann würden viele Deutsche auch in diese Partei hineingehen. Sie würden in ihr am meisten Altbekanntes wiederfinden und von ihr die rücksichtsloseste Verteidigung des Besitzes erwarten.

Ein im alten Stil geführtes Deutschland ist nicht mehr möglich. Es gilt jetzt, das Verantwortungsbewußtsein in den Deutschen lebendig zu machen. Menschen ohne ein inneres positives Verhältnis zur Demokratie werden versuchen, sie auszunützen, um sie bei passender Gelegenheit beiseite zu legen. Demokratie aber ist etwas, das Hingabe verlangt. Welche Kräfte werden nun stärker sein? Die der Interessenten, die ihr Eigentum mit dem Appell an die seelischen und geistigen Ueberreste der Vergangenheit retten möchten oder diejenigen, die gewillt sind, die Demokratie als Grundsatz und nicht nur als taktische Möglichkeit zu betrachten?

Die Schwierigkeit der Demokratie liegt heute darin, daß sie die Massen erst zur Urteilsfähigkeit erziehen und sich dann dem Ergebnis dieser Erziehung, der so gewonnenen neuen Urteilskraft, überlassen soll. Es ist dies das größte massenpsychologische und politische Experiment, das vorstellbar ist. Man darf dem weitaus größeren Teil des deutschen Volkes heute den guten Willen zur Demokratie zutrauen, aber man darf nicht übersehen, daß es Interessenten gibt, die ihr Eigentum retten möchten und ginge darüber auch das ganze Volk zugrunde. Jetzt gilt es, den Massen klar zu machen, daß

die Demokratie die einzige und letzte Chance für das Weiterleben des deutschen Volkes ist.

An dieser Aufgabe müssen die Träger der demokratischen Idee mit Selbstvertrauen herangehen. Aber Selbstvertrauen ist etwas anderes, als was wir in dem Deutschland der jüngsten Vergangenheit zu sehen bekamen, und was heute noch lebt in der abstoßenden Mischung von Unverschämtheit und Kriecherei. Selbstvertrauen, das ist etwas, das sich in eine höhere internationale Welt mit dem Bewußtsein des eigenen Wertes einzuordnen versteht. Das ist es, was dieses verarmte, proletarisierte, innerlich hin- und hergerissene Volk braucht. Für dieses ganze Volk gilt das Wort, das Karl Marx einst vom Proletariat gesprochen hat: „Das Proletariat, das sich nicht als Kanalle behandeln lassen will, hat seinen Mut, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seinen Unabhängigkeitssinn noch viel nötiger als sein Brot.“

Um diese geistige und moralische Aufrichtung des Volkes, durch die es erst Aktionsfähigkeit im demokratischen Sinne gewinnen kann, geht jetzt der Kampf. Die Sozialdemokratie ist sich dessen bewußt, daß die entscheidende Sicherung der Demokratie erst durch sozialistische Maßnahmen erfolgen kann. Das hindert sie nicht daran, auf allen Gebieten der Aufklärung und der praktischen Tätigkeit die Demokratie dem Volke näher zu bringen.

Die erste praktische Schulung zur Demokratie wird auf dem Gebiete der Selbstverwaltung durchgeführt. Die bisherigen Formen und Vielheiten der Verwaltung sind zu kompliziert und kostspielig und tragen zuviel Antidemokratisches in sich, als daß sie unverändert beibehalten werden können. Die unteren Instanzen müssen mehr als bisher die Geschäfte der Selbstverwaltung möglichst selbständig erledigen können. Aber die Demokratie erschöpft sich nicht in der Gemeinde und im Kreise. Ihr sind schon rein räumlich größere Aufgaben gestellt.

Die Reste der Kleinstaaterei sind in jeder Beziehung etwas Ueberholtes und Lebensunfähiges. Daß dieses Flickwerk auf der politischen Landkarte Deutschlands noch bestand, ist kein Ruhmesblatt für die Politik nach 1918. Auch jetzt gibt es noch Menschen, die ihr historisch überkommenes Landesgebilde als etwas unverrückbar Festes in einer sonst chaotisch strudelnden Welt betrachten. Dazu kommt der Umstand, daß Preußen als Idee und als Tatsache zerschlagen ist. Eine andere Gliederung des deutschen Raumes ist eine Notwendigkeit des Tages.

Wenn jetzt aus der Ostzone die Idee des Einheitsstaates verkündet wird, dann ist das erklärlich, denn in den früheren altpreussischen Provinzen kann man sich schwer etwas anderes vorstellen, nach dem Preußen aufgehört hat zu existieren. In den westlichen Besatzungszonen liegen die Dinge anders. Dort lebt die Tradition der Länder und dort grenzen sich Wirtschaftsgebiete und kulturell oder ethnographisch einheitliche Räume gegeneinander ab. Freilich ist das nur eine dünne Abgrenzung, und die Grenzen sind leicht zu verändern. Man kann zu diesem Thema heute aus allen Lagern falsche Töne hören. Vom betonten Föderalismus zum Partikularismus ist nur ein Schritt und von da nicht weit zum Separatismus. Aber all diese Tendenzen sind keine eigentliche Bedrohung Deutschlands, denn ihnen fehlt der echte Widerhall in der Stimmung der Massen. Weder Besitzbürger, die sich in der Stunde des Bezahls aus dem Staube machen wollen, noch Männer der verstaubten Stammhistorie sind heute in Deutschland populär.

Wenn sich aus den bestimmten Gegebenheiten der westlichen Zonen die Notwendigkeit zum Aufbau des Reiches auf föderativer Grundlage ergeben, dann heißt das nicht mit föderalistischen Tendenzen. Ein Rheinland und ein Bayern, ein Hannover und ein Hessen sind nicht Selbstzweck. Sie sollen nicht sich und eigenen Zielen dienen. Sie sollen nur Glieder eines kommenden Deutschlands sein, sollen nur die Möglichkeit für den Neubau des Reiches geben.

Ueber aller Politik der Länder steht die Schaffung der Reichseinheit!

Nur darin und nicht in der eigenen Existenz solcher Länder liegt ihr Sinn.

Bei der Entwicklung von einer bloß Befehle empfangenden Verwaltung in der Gemeinde bis zu einer, wenn auch kontrollierten Regierung in den Ländern wird die Demokratie im Politischen wie im Technischen ihre Bewährungsprobe zu bestehen haben, und die Deutschen werden zeigen müssen, in welchem Sinne sie mit ihr zu arbeiten gewillt sind.

Es gibt real keine deutsche Außenpolitik, und es gibt kaum eine deutsche Innenpolitik, die viel mehr wäre, als eine Funktion der Außenpolitik der Siegermächte. Es gibt nicht einmal ein einheitliches Deutsches Reich, sondern nur die Hoffnung auf ein zukünftiges Erstehen, wie sie sich aus einigen Erklärungen der Siegermächte herleiten läßt. Zur Zeit lebt Deutschland nur als Idee und nicht als Tatsache.

IX. Europa und Deutschland

Die europäischen Kräfte sind heute entzweit und zerrissen. Die geistige und politische Verwirrung als Folge des Nazikrieges beschränkt sich nicht auf Deutschland. Der Nazismus hat alle Kräfte Europas in Bewegung gebracht, und Deutschland ist nur das letzte und schwächste Glied einer Kette von unlösbar miteinander verbundenen Völkern.

Die Gefährdung des Reiches entspringt aus der Tatsache, daß die Politik der Vereinten Nationen keinen gemeinsamen Generalnennen gegenüber Deutschland hat. Die einzelnen Siegermächte machen eine verschiedene Politik in den von ihnen besetzten Zonen. Man hat die Errichtung zentraler Stellen für spezielle Zwecke der Wirtschaft, der Finanzen, des Verkehrs und des Sozialen versprochen. Vorläufig aber erschöpft sich das Leben auf allen Gebieten in den Zonen und in den Ansätzen

internationaler Möglichkeiten. Die weiterblickenden Kräfte in der Welt wissen, daß Zonenwirtschaft und Zonenpolitik nur vorübergehende Erscheinungen sein müssen, und die Deutschen tun gut daran, nicht im zonalen und regionalen Denken zu erstarren. Das Ziel ist und bleibt die zentrale Stelle im Politischen. Sie erst schafft die Voraussetzung für die Einheit.

Viele Deutsche nehmen die Existenz des Reiches als eine banale Selbstverständlichkeit hin. Sie machen sich kaum eine Vorstellung davon, daß es zur Zeit nicht existiert. Sie ahnen nicht, daß die Welt durchaus imstande ist, ohne ein einheitliches Deutschland zu leben. Die Sozialdemokratie aber sagt der Welt, daß dieses Leben ohne ein einheitliches Deutschland für die Welt das gute Leben nicht ist, das den anderen Völkern als Kriegsziel vorgeschwebt hat. Ein so großes Volk ist ohne nationale Einheit und als bloßes Objekt der verschiedenartigsten fremden politischen Einflüsse ein Herd der Fäulnis und Zersetzung. Die ungelösten Probleme, und die aus der Ungelöstheit neu entstehenden Fragen, sind Quellen ewiger Unruhen und der Vergiftung der internationalen Atmosphäre.

Der Friede muß die Ideale verwirklichen, für die der Krieg geführt worden ist. Wenn das nicht der Fall ist, dann ist Deutschland wohl der am meisten leidtragende Teil, aber nicht der einzige Benachteiligte.

Man kann das deutsche Problem nicht allein vom deutschen Standpunkt und unter deutschem Gesichtswinkel regeln. Es gibt keine deutsche Frage, die nicht zugleich eine europäische Frage wäre. Auch für die internationale Politik gilt die Erkenntnis, daß man eine Welt nicht mit altem Material neu bauen kann, und daß eine weltrevolutionäre Umstürzung der Verhältnisse auch geänderte Methoden verlangt.

Dabei betrachtet sich die Sozialdemokratische Partei gerade wegen ihrer betonten Internationalität als die Vertretung der gesamten Nation. Sie ist wohl die einzige Partei in Deutschland, die der Vorwurf nicht treffen kann, daß sie sich zu den Grundsätzen des Rechts und der Vernunft erst in der Stunde der Niederlage gefunden habe. Sie erhebt ohne jede nationalistische Hysterie und ohne die bei den Deutschen der letzten Jahre übliche Arroganz den Anspruch auf die nationale Geltung des deutschen Volkes. Die Sozialdemokratische Partei fühlt sich nicht belastet und ist auch nicht belastet und will ihren Teil dazu tun, dem deutschen Volk die Achtung und die Sympathien zu verschaffen, die auch diesem Volk wieder gebühren werden, wenn es die grauenhaften Verzerrungen und Entartungen seiner Geschichte überwunden hat.

Die Sozialdemokratische Partei setzt alles daran, Deutschland als geschlossenes nationales und wirtschaftliches Ganzes im Rahmen des europäischen Gleichgewichts und der europäischen Notwendigkeiten zu erhalten

Eine Politik der Aufteilung und Zerstörung würde sich antieuropäisch auswirken. Es ist Talleyrand gewesen, der als Vertreter Frankreichs 1815 gesagt hat: „Europa ist ein System von Staaten, welche unter sich in einer gewissen Gleichgewichtsbestimmung leben müssen. Aber diese Staaten sind lebendige Wesen. Das Gleichgewicht zwischen diesen lebendigen Wesen kann nicht von außen mit Gewalt aufgezungen werden, es muß den Lebensnotwendigkeiten aller Staaten entsprechen.“

Die Sozialdemokratie kann sich ein neues Deutschland nicht als ein isoliertes und nationalistisches Deutschland vorstellen. Sie kann sich Deutschland überhaupt nur als einen Bestandteil Europas denken. Aber sie will dieses Deutschland dann nicht als Paria, sondern als gleichwertig. Gerade eine Partei, wie die Sozialdemokratie, die wegen des internationalen Charakters ihrer Politik von den verständnislosen nationalistisch infizierten Teilen des eigenen Volkes abgelehnt worden ist, kann offen und in ruhiger Gelassenheit diesen Anspruch anmelden. Sie sieht mit

schmerzlichem Bedauern, daß es noch Kreise gibt, die äußerlich das nationale-internationale Problem ignorieren, die sich gegenüber den Besatzungsmächten in Verhimmelung und Kriecherei ergehen, aber im Inneren eine Politik der nationalistischen Ansprüche treiben oder sich passiv gegenüber der unbelehrbaren Unverschämtheit der Nationalisten verhalten. Diese Spannung zwischen dem, was nach außen gesagt und innen getan wird, ist eine Gefahr. Nur eine Politik, die nach innen und außen dasselbe sagt und dasselbe tut, ist richtig und nützlich.

Europa ist nicht nur politisch ein System des Gleichgewichts, es ist auch wirtschaftlich in allen Teilen voneinander abhängig und letzten Endes auch sozial eine Einheit. Die europäischen Kräfte werden sich je länger je mehr auf diese Ziele ausrichten. Soweit ein deutscher Beitrag dazu möglich ist, will die Sozialdemokratische Partei ihn leisten. Sie weiß, daß die Anspannung aller deutschen Kräfte dafür notwendig ist. Aber sie weiß auch,

daß ohne die Hilfe der vereinten Nationen ein Neubau Deutschlands nicht möglich ist.

Diese Hilfe darf sich nicht nur im Materiellen erschöpfen. Politische Hilfe ist vor allem nötig. So furchtbar und eindringlich das Elend der Gegenwart an die Tore klopft, wichtiger ist die Zukunft! Es geht gar nicht mehr um die ältere und die mittlere Generation in Deutschland. Die haben vieles auf sich genommen und werden noch mehr auf sich nehmen müssen, um den nach ihr kommenden Generationen das Leben zu ermöglichen. Es geht um die Jugend!

Die Jugend braucht die Hilfe der Vereinten Nationen. Ihr muß man sagen können, daß die Demokratie nicht der politische Zustand ist, wenn Deutschland zer schlagen am Boden liegt und der Sozialismus nicht die Wirtschaftsform der Armut und Aussichtslosigkeit. Kann die Welt der Jugend das Gefühl geben, daß es diese großen Ideen sind, die das Leben wieder lebenswert machen und ihr inneren Halt und Festigkeit geben, dann ist in Deutschland die Entscheidung für die Demokratie gefallen!

Es hat keinen Zweck, an den Dingen vorbeizureden. Für alle Menschen in Deutschland, die aus tieferen Quellen der Erkenntnis und des Empfindens schöpfen, als aus der Sorge um den eigenen Geldsack, gibt es zwei Fragen, die unlösbar miteinander verbunden sind. Die eine ist die nach der Möglichkeit sozialer Gerechtigkeit. Die andere ist die, wie das eigene Volk wieder gleichberechtigt werden kann unter den Völkern der Welt.

Die Sozialdemokratische Partei geht diesen Weg ohne Vorbehalt. Sie schöpft ihre Kraft aus der Erkenntnis, daß ihre Ideale heute die Ideale des ganzen Volkes und aller vorwärtstrebenden Kräfte in der Welt sind!